

<b>ANFRAGE</b>  Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke)  vom 01.04.2014	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>61. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>20.05.2014</b> <b>2014/0524</b> <b>37</b> <b>öffentlich</b>
<b>Geplantes Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA - Auswirkungen auf Kommunen und die Stadt Karlsruhe</b>		

1. Treffen Vermutungen des bayrischen Städtetags zu, dass die Verhandlungen zwischen der EU und den USA zu einem Freihandelsabkommen auch die Liberalisierung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel in Bildung, Kulturförderung, Gesundheit, soziale Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, Energie, Verkehr und Wasserversorgung betreffen?

a) Wenn ja, in welcher Weise?

b) Wie beurteilt die Stadt Karlsruhe den derzeitigen Verhandlungsstand zum TTIP zwischen der EU und den USA in Bezug auf kommunalpolitisches Handeln und die Gestaltungsmöglichkeiten der Stadtverwaltung und des Gemeinderats in Karlsruhe?

2. Treffen nach Auffassung der Stadtverwaltung folgende Befürchtungen von Attac zu: „Das öffentliche Beschaffungswesen soll auf allen Ebenen geöffnet werden. Soziale und ökologische Aspekte könnten dann nur noch sehr eingeschränkt bei der Auftragsvergabe berücksichtigt werden?“

a) Welche Auswirkungen könnte das auf den Gestaltungsspielraum der Stadtverwaltung und des Gemeinderats haben?

3. Wird die Stadt Karlsruhe im Rahmen ihrer Möglichkeiten, z. B. im Deutschen Städtetag, gegen die befürchtete Einschränkung kommunalen Handelns durch das TTIP aktiv werden?

a) Wenn ja, in welcher Weise?

b) wird die Stadtverwaltung dem Gemeinderat die Möglichkeit geben, sich gegen eine Einschränkung des kommunalen Gestaltungsspielraums durch das TTIP auszusprechen?

- Wenn Nein, warum nicht?

**Sachverhalt/Begründung:**

Immer mehr geraten die geheimen Verhandlungen der EU-Kommission mit den USA über ein Freihandelsabkommen (TTIP) in die öffentliche Aufmerksamkeit. Attac befürchtet als Auswirkung des TTIP einen „beispiellosen Abbau von Produktionsstandards, Verbraucherschutz- und Arbeitnehmerrechten, Lohnniveaus, Umwelt- und Sozialauflagen, ja sogar unserer demokratischen Rechtsstaatlichkeit“.

Die möglichen Auswirkungen auf den Gestaltungsspielraum von Stadtverwaltung und Gemeinderat haben die obigen Fragen zum Thema. Die Verhinderung der Liberalisierung der europäischen Trinkwasserversorgung vor einigen Monaten, durch öffentlichen Druck von Organisationen, Institutionen und der Bürgerinnen und Bürger, sollte Anlass sein, sich auch hier so früh und so deutlich wie möglich gegen eine Liberalisierung bewährter Daseinsvorsorgeleistungen durch die Kommunen öffentlich auszusprechen und zu engagieren.

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

8. Mai 2014